

Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 141/2004

Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff

Stellungnahmen zum EU-Beitritt der Türkei

Berlin, November 2004

Ansprechpartner: Dr. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff
Politik und Beratung
Telefon: 0 30/2 69 96-386
E-Mail: ulrich.wilamowitz@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin

Inhalt

Einleitung und Zusammenfassung	3
Positionen der Parteien	8
Wirtschaft und Gewerkschaften	22
Kirchen	32
Pro Asyl	39
Analysen	67
Einzelmeinungen / Presseartikel	87

Einleitung und Zusammenfassung

Am 6. Oktober 2004 hat die EU-Kommission der Türkei bescheinigt, die Kriterien zu zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu erfüllen. Am 17. Dezember werden die EU-Staats- und Regierungschefs endgültig über die Aufnahme von Gesprächen entscheiden. Allgemein rechnet man damit, dass es zu Beitrittsverhandlungen kommt und dass sich diese Gespräche über viele Jahre hinziehen werden. Eine Mitgliedschaft – wenn sie den zu Stande kommt – wird nach überwiegender Ansicht erst nach 10 bis 15 Jahren erreicht sein.

Noch Anfang des Jahres 2004 erschien es unwahrscheinlich, dass die Türkei es schaffen könnte, die politischen Kriterien für die Aufnahme von Gesprächen zu erfüllen, die der Europäische Rat im Juni 1993 in Kopenhagen aufgestellt hatte (so genannte Kopenhagener Kriterien), und die für alle Beitrittsländer gelten. Darin geht es vor allem die institutionelle Garantie für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und der Schutz von Minderheiten. In einem überraschenden Kraftakt ist es der in der Türkei regierenden AKP fast in letzter Sekunde gelungen, die geforderten Voraussetzungen zu erfüllen.

Damit ist ein inzwischen über vierzigjähriger Prozess zu einem vorläufigen Ergebnis gelangt. 1963 hatte der damalige Kommissionspräsident der EWG, Walter Hallstein, festgestellt: „Die Türkei gehört zu Europa. Und eines Tages soll der letzte Schritt vollzogen werden: Die Türkei soll vollberechtigtes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden“.

Dass gerade jetzt zu einem Zeitpunkt, an dem die Kriterien für einen Beitritt nach Ansicht der EU-Kommission offenbar weitgehend erfüllt sind, die Beitrittsfrage so kontrovers diskutiert wird, zeigt, dass man sich in der Vergangenheit mit den Folgen eines EU-Beitritts der Türkei nicht genügend auseinander gesetzt hat. Offenbar gingen nicht wenige davon aus, dass die Türkei die Beitrittskriterien doch nicht erfüllen werde und sich die konkrete Frage womöglich nie stellen werde. Erst jetzt scheint sich herauszukristallisieren, dass der Beitritt eines so großen und in weiten Teilen von einer anderen Kultur

geprägten Landes die EU stärker verändern wird als der Beitritt anderer Länder zuvor.

In der folgenden Dokumentation sind die Stellungnahmen für und gegen einen Beitritt zusammen gestellt. Einbezogen sind Stimmen aus Politik, Wirtschaft, Kirchen, der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, ausgewählte Einzelmeinungen und die Analysen des Osteuropa-Instituts München.

Die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften¹ sind klar für den Beitritt, ebenso die SPD und die FDP. Die CDU bevorzugt das Modell der privilegierten Partnerschaft. Die katholische Kirche hält sich bislang offiziell zurück; Äußerungen des Papstes und Kardinal Ratzingers lassen bezüglich einer Vollmitgliedschaft eher auf eine reservierte Haltung schließen. Die Evangelische Kirche spricht sich für ergebnisoffene Verhandlungen aus. Pro Asyl hat eine Dokumentation zusammen gestellt, in der sowohl Befürworter als auch Gegner zu Wort kommen. Die Kurzfassung der Analyse des Osteuropa-Instituts am Schluss der Dokumentation ist insofern interessant, da darin noch im Januar festgestellt wird, dass die Türkei die Kopenhagen-Kriterien bis zum Oktober 2004 wahrscheinlich nicht erfüllen wird.

Was spricht für und was gegen den Beitritt?

Aus den Stellungnahmen sowie aus den Beiträgen der Presse ergeben sich folgende Argumente für und gegen den Beitritt:

Die EU wird durch den Beitritt finanziell überfordert.

Beitrittsgegner: Nach dem bisherigen Agrar-Kommissar Fischler könnte der Beitritt die EU bis zu 45 Milliarden Euro allein an Agrarbeihilfen kosten. Die Kommission erwartet Netto-Gesamtkosten von jährlich 16 bis 28 Milliarden Euro. Das entspricht etwa 15 Prozent des EU-Haushalts. Diese Summen könnten angesichts der Finanzlage in den meisten Mitgliedsstaaten nicht finanziert werden. Viele bisherige Fördergebiete würden durch die Senkung der

¹ Die Stellungnahme des DGB wurde in der Berliner Zeitung vom 23.02.2004 (DGB: Türkei gehört zu Europa) abgedruckt. Sie konnte wegen urheberrechtlicher Probleme nicht aufgenommen werden. Der DGB spricht sich darin deutlich für eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU aus.

EU-Durchschnittswerte aus der Förderung herausfallen, was den betroffenen Ländern nicht zuzumuten sei.

Beitrittsbefürworter: 16 bis 28 Milliarden Euro entsprechen nur rund 0,1 bis 0,17 Prozent des Bruttosozialprodukts der EU, also eigentlich ein relativ geringer Anteil. Außerdem bekämen die Türken weniger Beihilfen als jedes andere Neumitglied; tatsächlich würde die Summe also niedriger ausfallen. Darüber hinaus seien die EU-Regelungen des Agrarhaushalts ohnehin dringend reformbedürftig. Durch den Beitritt würde ein heilsamer Zwang ausgeübt.

Die Türkei ist wirtschaftlich zu rückständig, um Mitglied der EU zu sein.

Gegner: Der Beitritt würde in ganz Europa die Löhne sinken lassen. Die wirtschaftliche Rückständigkeit führt zu Verwerfungen in der EU.

Befürworter: Die wirtschaftliche Leistung der Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien liegt ähnlich niedrig der Türkei. Allein die Aussicht auf Beitritt stimuliert ein überdurchschnittliches Wachstum, so dass sich die Wohlstandunterschiede annähern werden. Außerdem profitiert die deutsche Wirtschaft in hohem Maße.

Die EU wird durch den Beitritt handlungsunfähig.

Gegner: Die Interessen eines relativ armen Landes wie der Türkei mit hohem Bevölkerungswachstum und die Interessen der übrigen EU-Mitglieder seien zu unterschiedlich, um in Einklang gebracht zu werden.

Befürworter: Auch das EU-Mitglied Türkei werde sich Mehrheiten fügen. Außerdem würde der Beitritt das Gewicht der EU in der Welt deutlich steigern.

Die muslimische Türkei passt nicht in das christliche Europa.

Gegner: Die EU ist weitgehend christlich geprägt; ein islamisches Land passt nicht dazu. Oder: Die Türkei passt kulturell nicht zu Europa.

Befürworter: Religiöse oder kulturelle Kriterien sind als Beitritts Hindernis offiziell nie genannt worden. Außerdem übernimmt die Türkei im Zuge der Rechtsangleichung weitgehend europäische Gesetze und damit auch die zugrunde liegenden Wertvorstellungen, z.B. zur Gleichheit von Mann und Frau und zum Minderheitenschutz. Darüber hinaus habe gerade die Aufnahme ei-

nes islamischen Landes positive Signalwirkung für die gesamte islamische Welt, da sich modellhaft ein islamisches Land mit einer westlich-demokratischen Staatsform entwickelt..

Deutschland wird von türkischen Migranten überschwemmt.

Gegner: Es kommt zu einer türkischen Masseneinwanderung nach Europa, vor allem nach Deutschland, wo jetzt schon die meisten Türken leben.

Befürworter: Die gleichen Befürchtungen wurden vor der Osterweiterung geäußert und haben sich nicht bestätigt. Wie in den osteuropäischen Beitrittsländern werde auch in der Türkei allein die Aussicht auf Mitgliedschaft ein weit über dem EU-Durchschnitt liegendes Wachstum entfachen, wodurch das Wohlstandsgefälle und damit auch der Migrationsdruck abnehmen werden. Außerdem sollen entweder lange Übergangsfristen für die Freizügigkeit vereinbart oder die Freizügigkeit ganz aufgehoben werden.

Demographische und wirtschaftliche Grunddaten

Die Türkei hat derzeit knapp über 70 Mio. Einwohner. Aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums von 2,5 Kindern pro Frau (EU: 1,47) würde sie voraussichtlich in spätestens 20 Jahren das bevölkerungsreichste Land in der EU. Für die Zukunft wird eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums erwartet.

Die Bevölkerung setzt sich zusammen aus 70 Prozent Türken, 20 Prozent Kurden und 10 Prozent sonstige Minderheiten. 99 Prozent der Türken sind Muslime, die überwiegend der sunnitischen Glaubensrichtung angehören (70 Prozent). 15 bis 25 Prozent gehören zu den Aleviten.

Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts waren in der Vergangenheit sehr volatil. Nach der Überwindung der Wirtschaftskrise von 2001, als ein Staatsbankrott nur mit massiver Hilfe des IWF abgewendet werden konnte, hat sich die Türkei aber zum Musterschüler gewandelt. Seither liegen die Wachstumsraten zwischen vier und acht Prozent; Inflationsrate und Staatsdefizit sinken.

Verlässliche Daten zur absoluten Höhe des Bruttoinlandsprodukts der Türkei sind schwieriger zu eruieren als es den Anschein hat. In der Presse kursieren unterschiedliche Werte zwischen 16 und 29 Prozent des EU-Durchschnitts. Bei den Pro-Kopf Angaben scheinen bisweilen unterschiedliche Bevölkerungszahlen zugrunde zu liegen. Außerdem differieren die Daten je nachdem, ob die absolute Höhe des BIP oder die preisbereinigten Werte genommen werden. Manchmal wird nur mit der Euro-Zone (EU15) verglichen, ein anderes Mal mit der gesamten EU (EU25). Aufgrund der vergleichsweise hohen Wachstumsraten der türkischen Wirtschaft sollten außerdem möglichst aktuelle Werte zugrunde gelegt werden.

Die Grundlagen für die Kalkulationen in EU liefert Eurostat, das Statistische Amt der EU. Eurostat bereinigt das BIP pro Kopf um das länderspezifische Preisniveau; der daraus resultierende Wert wird KKS (Kaufkraftstandards; englisch: PPS: purchasing power standard) genannt. Für die Türkei ermittelt Eurostat einen KKS-Wert von 27 Prozent des EU-Durchschnitts (Basis: EU25 im Jahr 2003). Sowohl bei den EU-Mitgliedern als auch bei den Beitrittskandidaten belegt die Türkei damit den letzten Platz, wobei allerdings Rumänien und Bulgarien mit 30 bzw. 29 Prozent des EU-Durchschnitts nur unwesentlich besser abschneiden. Polen und Litauen befanden sich vor ihrem Beitritt in einer ähnlichen Position; schon die Aussicht auf die Mitgliedschaft hatte – wie bei den anderen Beitrittsländern auch – für überdurchschnittliche Wachstumsraten gesorgt, so dass sie jetzt fast die Hälfte des EU-Durchschnitts erreichen. Ähnliches ist für die Türkei, Rumänien und Bulgarien zu erwarten.